

LUSTLOSE VERWALTUNG?

FBF klagt an: Anträge auf lange Bank geschoben

FORCHHEIM. In einem offenen Brief monieren die beiden FBF-Stadträte Manfred Mauser und Paul Nerb „den Umgang der Stadtspitze mit Anträgen der Stadtratsfraktionen.

Theorie und Praxis würden in Forchheim weit auseinanderklaffen, schreiben die beiden FBF-Stadträte. Anträge würden „wenn überhaupt nach Jahren und mehrmaliger Mahnung in die Ausschüsse eingebracht“, so die Einschätzung von Mauser und Nerb, dabei entstehe der Eindruck, „dass die Verwaltung eher lustlos agiert, sie die Bearbeitung der Anregungen der Räte und Fraktionen als notwendiges Übel ansieht, das irgendwie abgearbeitet werden muss“. „Ein großer Teil der Anträge verrottet auf irgendeinem Schreibtisch, wird auch von den Initiatoren vergessen und geht mit dem Sachbearbeiter in den Ruhestand.“

Als Beispiel nennen die FBFler den Antrag ihrer Fraktion zu einer Gestaltungssatzung, den die Partei am 1. Juni 2015 eingereicht hatte. „Am 24.8.2015 wurde erinnert, (...), am 14.12.2015 wurde erneut erinnert, am 14.3.2019, (...) mündlich nachgefragt“. „Der Oberbürgermeister und der Leiter des zuständigen Referats erklärten, dass sie eine Gestaltungssatzung für die Innenstadt wichtig empfänden, auch gewisse Überlegungen/Vorarbeiten getätigt hätten, aber wegen Arbeitsüberlastung nicht weitergekommen wären“, schreiben die FBFler. Bezug auf den Antrag sei nicht genommen worden, eine schriftliche Stellungnahme habe man nicht erhalten, die Antwort auf die mündliche Nachfrage sei „ausweichend“ gewesen.

„Für uns als antragstellende Stadträte (...) ist deutlich, dass wichtige demokratische Spielregeln verletzt werden, nämlich, dass eine substantielle Einflussnahme der gewählten Bürgervertreter unterlaufen wird, indem Anregungen der Stadträte auf die lange Bank geschoben werden und sich die Stadtspitze lieber mit dem beschäftigt, was sie selbst als wichtig erachtet“, schreiben Mauser und Nerb.

Die Stadtverwaltung selbst wollte sich nicht zu dem Brief nicht äußern. „Es handelt sich bei diesem Schreiben um eine Meinungsäußerung beziehungsweise um die Beschreibung eines Empfindens einer Gruppierung im Stadtrat. Dazu möchte die Stadtverwaltung keine Stellung nehmen“, informierte die Pressestelle der Stadt.

bhe